

Mittwoch, 23. Januar 1918

Zeitung

704

Gelehrten Sachen

1 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 12 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuchwerber. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. In SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 801, 11 802 bis 11 806, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Man muß offen reden.

Von
Mag. Cohen-Neuß,
Mitglied des Reichstags.

Es ist eine niederdrückende Erscheinung in diesem großem Westenringen, daß es, im Widerspruch zu der eindeutigen Sprache eines riesengroßen Tatsachenmaterials, immer noch deutsche Politiker gibt, die eine wahre und dauernde Verständigung mit Großbritannien für möglich halten und dadurch auf eine Bahn gelangen, die späterhin zu neuen, schwereren Verwicklungen führen muß. Am niederdrückendsten aber ihrer es, daß zu diesen Politikern auch der Staatssekretär des auswärtigen Amtes gehört, und daß die auswärtige Politik augenblicklich noch in diesem Sinne geführt werden kann. Anders nach die Kühlmannsche Politik, deren Zeugen wir gegenwärtig sind, und die nichts anderes ist als die konsequente Fortsetzung dessen vollkommen gescheiterten Außenpolitik Bethmann Hollwegschlechterdings kaum noch erklärbar.

Wer das, was dem Deutschen Reich nothut, nicht allein von dem Standpunkt seiner augenblicklichen Lage aus betrachtet, sondern sein Augenmerk vielmehr auf die Zeit nach dem Krieg und auf die politische und wirtschaftliche Sicherheit seiner Zukunft richtet, muß das, was jetzt in Brest-Litowsk geschichtes auf tiefste bedauern. Freilich darf man die Schuld für diese Vorgänge nicht allein der Regierung zuschieben. Das wäre durchaus unrichtig, wie es fast stets falsch ist, die Schuld immer nur bei anderen zu suchen. Auch die Mehrheit des Reichstags, das muß gesagt werden, trägt einen Teil der Verantwortung für die Entwicklung, die die Dinge bis jetzt genommen haben. Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Ausgangspunkt des jetzigen außenpolitischen Elends die unglückselige Polenproklamation vom November 1916 gewesen ist. Sie leitete die Vorwegnahme eines wichtigen Kriegsziels ein, das bis heute in der Schwebe gehalten werden mußte und erst jetzt mit den Russen hätte erledigt werden dürfen. Wie böse eine derartige Präjudizierung zu wirken vermag, zeigen die Tatsachen, die wir alle kennen. Denn die übrigen Selbständigkeitserklärungen in Litauen, in Kurland, in Estland und in Ostpreußen sind Konsequenzen des im November 1916 unternommenen Schrittes und stehen durch den Einfluß mit der durch die Polenpolitik hervorgerufenen Tendenz, die bisherigen westlichen und nordwestlichen Randgebiete des russischen Reichs vom russischen Gesamtstaat loszutrennen. Einer der besten Kenner östlicher Dinge, Professor Hoehsch, sagt in der „Kreuzzeitung“ vom 16. Januar, daß das Verhalten der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk „dem bisherigen russischen Reich mehr abnimmt, als wir brauchen, und annexionistisch wirkt als das, was aus militärisch-strategischen Gründen zur Erweiterung unseres Gebiets im Osten gefordert wird“.

Konsequent ist aber diese Abtrennungspolitik der Regierung und die des Herrn v. Kühlmann durchaus. Anders steht es mit der Reichstagsmehrheit. Der polnische Anfang gefiel ihr auch und ist, besonders von einigen freisinnigen Politikern, als höchste Staatsweisheit bejubelt worden. Die natürliche und notwendige Fortsetzung des Anfangs aber paßt ihr nicht. Oft genug ist die Mehrheit des Reichstags von den in ihren eigenen Reihen stehenden Anhängern der sogenannten östlichen Orientierung vor den Gefahren und Folgen der Polenpolitik gewarnt worden. Sie sollte sich daher nicht wundern, wenn sie augenblicklich vor lauter Scherben steht. Man kann eben politische Dinge nicht aus ihren natürlichen Zusammenhängen reißen, und man hätte voraussehen können, daß eine politische Entwicklung, die die Regierung mit der Polenproklamation eingeleitet hatte, in eine ganz bestimmte Richtung laufen mußte, die von der anderen Seite, d. h. der Reichstagsmehrheit, nicht mehr beliebig dirigiert werden konnte. Es ist schwer zu sagen, ob es heute überhaupt noch möglich ist, den Lauf der Dinge zu ändern. In keinem Fall aber könnte das durch kleine Kursänderungen geschehen. Hier müßte schon das ganze Schiff entschlossen herumgeworfen werden.

In den „Deutschen Stimmen“ hat vor einiger Zeit der Abgeordnete Dr. Stresemann darauf hingewiesen, daß die hier stets vertretene Forderung eines deutsch-russischen Bündnisses zur Herbeiführung einer europäischen Kontinentalpolitik sehr wohl diskutabel, leider aber durch die bisherige Polenpolitik unmöglich geworden sei. Die empfindlichste Abtrennung für Rußland, das selbständige Polen, sei eine vollendete Tatsache; „Kaiser und Kanzler sind diesen Weg gegangen und haben dadurch Richtlinien festgelegt, die uns jetzt binden“. Eine gewisse Bindung ist gewiß nicht fortzuleugnen, es ist aber schwer verständlich, weshalb auch die sich durch die bisherigen offiziellen Akte der Polenpolitik unbedingt gebunden fühlen sollten, die sie von vornherein bekämpft und auf die in ihr liegenden Gefahren von Anfang an und stets

mehr mit diesen Gedanken des Überflusses der Entschiedenheit nachschert. Gegenwärtig bedeutet, dessen Hauptkräfte gegen seinen westlichen deutschen Gegner gebunden sind? Die jetzige deutsche Politik muß Japan unfehlbar zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten und in einen bleibenden Gegensatz zu Deutschland führen.

Was gegenwärtig außenpolitisch geschieht, ist das Gegenteil dessen, was hier seit Jahr und Tag von einer ganzen Anzahl von Politikern als wünschenswert bezeichnet worden ist. Man braucht sich auch nicht zu verhehlen, daß wenig Hoffnung auf eine Umkehr vorhanden ist. Dafür ist die Zerfahrenheit im Lager derer, die die angelsächsische Zukunftsgefahr erkannt haben, viel zu groß. Das enthebt aber niemanden der Pflicht, immer und immer wieder die warnende Stimme zu erheben. Und wenn Herr v. Kühlmann erst den (äußerlich sicherlich glänzenden) Frieden, die deutsch-englische Verständigung, auf Kosten Rußlands (vielleicht aber auch auf Kosten unserer vorderasiatischen Hoffnungen), zuwege gebracht haben wird, dann dürfte sich bald zeigen, wie berechtigt unsere Warnrufe gewesen sind.